

7. Beendigung der Sonderrolle (1989-1998)

Von 1949 bis 1989 war die Bundesrepublik von einem internationalen Paria zum weithin respektierten Mitglied der Staatengemeinschaft geworden. Die Länder im Westen schätzten sie als verlässlichen Verbündeten, Anwalt der europäischen Integration und zahlungskräftiges Mitglied in internationalen Organisationen, die Länder im Osten sahen in ihr einen bedeutenden Wirtschafts- und berechenbaren Ansprechpartner. Besonders wichtig war aber allen Beteiligten, daß die Bundesrepublik ihr großes ökonomisches Potential und ihre zentrale geostrategische Lage nicht dazu nutzte, nach einer politischen Führungsrolle in Europa und der Welt zu drängen. Das Heraufziehen der Wiedervereinigung sollte all dies einer harten Probe unterziehen.

7.1 Die Wiedervereinigung Deutschlands

Fast vier Jahrzehnte hatten die Alliierten die Forderung der Bundesrepublik, sie im Streben nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit zu unterstützen, mitgetragen, ohne großen Enthusiasmus zwar, aber letztlich doch eindeutig dokumentiert etwa in den Westverträgen, im Harmel-Bericht und in vielen öffentlichen Erklärungen.¹ Allerdings waren selbst die USA und Italien, ganz zu schweigen von Frankreich, Großbritannien und Holland, immer sehr hellhörig gewesen, wenn sich die deutsch-deutschen Beziehungen allzu unabhängig entwickelten. Als das kommunistische Herrschaftssystem in der DDR im Herbst 1989 zu wanken begann, schließlich zusammenbrach und sich nach dem Mauerfall die Wiedervereinigung abzeichnete, löste dies in Ost und West große Befürchtungen aus.²

Die Bundesregierung antwortete in dieser Lage mit einer Doppelstrategie: Einerseits versuchte sie, ihre Objektrolle zu überwinden und selbst gestaltend in den Einigungsprozeß einzugreifen. Andererseits setzte sie alles daran, den Partnern zu versichern, daß diese

¹ Vgl. etwa Art. 7 des Generalvertrags vom 26.5.1952, der als gemeinsames Ziel des Westens formulierte "ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die Europäische Gemeinschaft integriert ist". Siehe vor allem auch die NATO-Erklärung vom Mai 1989, in der man wie üblich auf die entsprechende Formulierung im *Brief zur deutschen Einheit* zurückgriff.

² Zur deutschen Wiedervereinigungs-Politik siehe die wohl definitive Studie von Werner Weidenfeld/Peter Wagner/Elke Brunk: Außenpolitik für die deutsche Einheit, Stuttgart 1998. Für eine knappe Einführung mit den wichtigsten Dokumenten vgl. Karl Kaiser: Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte, Bergisch-Gladbach 1991.

Entwicklung zu keiner Störung des Gleichgewichts in Europa und zu keiner Änderung der bewährten politischen Grundausrichtung Deutschlands führen würde. Mit einem im kleinsten Beraterkreis ausgearbeiteten *10-Punkte-Programm* versuchte der Kanzler am 28. November 1989, die sich überschlagenden Ereignisse zumindest ansatzweise zu kanalisieren, den beginnenden Diskussionen über die Zukunft Deutschlands eine Richtung vorzugeben und den befürchteten Vorschlägen der internationalen Partner vorzunkommen.³ Der Bevölkerung in der DDR bot Kohl zumindest eine langfristige Perspektive für ein wiedervereinigtes Deutschland. Unter Punkt fünf betonte er:

Wir sind ... bereit, noch einen entscheidenden Schritt weiterzugehen, nämlich kon-föderative Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland zu entwickeln mit dem Ziel, eine Föderation, d.h. eine bundesstaatliche Ordnung, in Deutschland zu schaffen. ... Wie ein wiedervereinigtes Deutschland schließlich aussehen wird, das weiß heute niemand. Daß aber die Einheit kommen wird, wenn die Menschen in Deutschland sie wollen, dessen bin ich sicher.⁴

Auch wenn der Kanzler damals noch in einem Zeitraum von mindestens fünf Jahren dachte, stelle die Rede einen deutlichen deutschlandpolitischen Kurswechsel dar.⁵ Die Bundesrepublik reagierte nicht länger, sondern agierte, und tat damit das, was Adenauer 1966 kurz vor seinem Tod der CDU in der Wiedervereinigungsfrage mit auf den Weg gegeben hatte: *"Wir müssen aufpassen, ob der Augenblick kommt. Aber wenn ein Augenblick nah oder sich zu nahen scheint, der eine günstige Gelegenheit bringt, dann dürfen wir ihn nicht ungenutzt lassen."*⁶ Trotz aller vorsichtigen Formulierungen Kohls und der Versicherung, daß die innerdeutschen Beziehungen in die europäische Integration, die gesamteuropäische Entwicklung und das Ost-West-Verhältnis eingepaßt werde, führte der Plan deshalb in vielen westlichen und östlichen Hauptstädten teilweise zu scharfen Reaktionen. Gorbatschow zeigte sich bei einem Gespräch mit Außenminister Genscher am 5. Dezember enttäuscht über die *"unge-*

³ Vgl. Weidenfeld/Wagner/Bruck, 1998, 97-105.

⁴ "Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas". Rede von Bundeskanzler Kohl vor dem Deutschen Bundestag am 28. November 1989 (Auszüge); in: Auswärtiges Amt, 1995, 632-638, hier 635.

⁵ Vgl. Biemann, 1997, 296.

⁶ Aussprache Adenauers auf dem CDU-Bundesparteitag, 21.-23.3.1966, Bonn o.J., 41.

heutere Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates", Schevardnadse meinte gar, nicht einmal Hitler habe sich derartiges erlaubt.⁷ Beim EG-Gipfel in Straßburg sah sich Kohl am 8. und 9. Dezember einer *"Yar tribunalartige[n] Befragung"* ausgesetzt.⁸ Die meisten europäischen Regierungschefs interpretierten das 10-Punkte-Programm als eigenmächtiges, da mit ihnen nicht abgestimmtes Vorgesprochen in Richtung Wiedervereinigung. Der Kanzler wehrte sich später:

Solche Kritik war gänzlich unangebracht. Die Zehn Punkte standen in voller Übereinstimmung mit dem, was der Westen in der deutschen Frage immer wieder gemeinsam gefordert hatte. Der Plan enthielt nichts, was nicht der Politik des Westens seit Jahrzehnten entsprochen hätte.⁹

In der Tat: Bei einer genaueren Betrachtung kann es wohl kaum der Inhalt von Kohls Bundestagsrede gewesen sein, der die Entrüstung der Partner hervorrief. Zentrale Passagen stammten aus dem Grundgesetz, dem Brief zur deutschen Einheit, der Brüsseler NATO-Erklärung vom Mai 1989, der gemeinsamen deutsch-sowjetischen Erklärung aus dem Jahr 1989 sowie der KSZE-Schlussakte von Helsinki.¹⁰ Vielmehr schien sich das Unbehagen vieler Staats- und Regierungschefs an weniger rationalen Überlegungen zu entzünden. Die ausländische Presse war schnell mit Bildern eines neu entstehenden "Vierten Reichs" (*The Times*)¹¹ zur Hand. Aber auch enge Verbündete wie Mitterrand oder Thatcher schienen die Wiedervereinigung in Kategorien der Vorstellungswelt von 1914 zu sehen. So berichtete Mitterrand engster Berater Jacques Attali von einer Begebenheit am 8. Dezember am Rande des Straßburger Gipfels:

Margaret Thatcher krant aus ihrer Tasche zwei zerkniterte Karten, die sie aus Zeitungen ausgeschnitten hat. Die eine zeigt die Grenzen Europas vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, die zweite die 1945 nach dem Fall Berlins festgelegten. Sie

⁷ Zit. aufgrund des sowjetischen Gesprächsprotokolls bei Weidenfeld/Wagner/Bruck, 1998, 123.

⁸ Kohl, 1996, 195.

⁹ Ebd., 184.

¹⁰ Vgl. Weidenfeld/Wagner/Bruck, 1998, 109.

¹¹ So das von Conor Cruise O'Brien geprägte Bild ("Beware a Reich Resurgent", *The Times*, 31.10.1989).

zeigt Schlesien, Pommern, Ostpreußen. Sie sagt: "Das alles werden sie sich nehmen, und die Tschechoslowakei dazu".¹²

Auch Mitterrands Äußerungen und Handlungen verstärkten die Sorge der Bundesregierung, Frankreich könne sich der Entwicklung zur deutschen Einheit entgegenstellen.¹³ Der Haltung der westlichen Bündnisvormacht USA kam deshalb besondere Bedeutung zu. Ohne die Unterstützung Washingtons, so war man sich in Bonn im klaren, würde sich der Widerstand in London, Paris und Rom wohl nicht, zumindest nicht rasch überwinden lassen. Es erwies sich deshalb als Glücksfall für die bundesdeutsche Außenpolitik, daß sich der amerikanische Präsident George Bush (1989-1993) und sein Außenminister James Baker nachdrücklich hinter den Kurs des Kanzlers stellten.¹⁴ Kohls *10-Punkte-Programm* überraschte zwar auch Bush, aber der Präsident war darüber nicht so besorgt wie andere Alliierte oder Mitglieder seiner eigenen Administration.¹⁵ Schon kurz darauf formulierten der Präsident und sein Außenminister vier Prinzipien für ihre künftige Deutschlandpolitik: freie Selbstbestimmung des deutschen Volks, NATO- und EG-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschland, schrittweise und friedliche Vereinigung sowie Unverletzlichkeit der Grenzen. Innen war bewußt, daß sich ihr zentrales Ziel - die volle NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik - am ehesten durch eine Unterstützung Bonns im Einigungsprozeß erreichen ließ. In Washington sah man sehr viel deutlicher als in vielen westeuropäischen Hauptstädten, daß hartnäckiger Widerstand gegen die sich am Horizont abzeichnende Wiedervereinigung den wichtigsten Bündnispartner

¹² Jacques Attali: Verbatim III, Paris 1995, 369. Hier zitiert nach "Hinter all dem steckt Kohl". Der Spiegel, 42/1995, 166. Im Original lautet die Passage: "Le Premier ministre britannique ouvre alors son sac à main et en sort deux cartes d'Europe un peu froissées, décapotées dans un journal britannique. La première représente les frontières de l'Europe à la veille de la Seconde Guerre mondiale, la seconde celles de l'Europe telles qu'elles ont été fixées en 1945, au lendemain de la chute de Berlin. Elle montre la Silésie, la Poméranie, la Prusse-Orientale. Elle dit: Ils prendront tout ça, et la Tchécoslovaquie."

¹³ Zu Mitterrands Deutschlandbild vgl. Brigitte Sauzay/Rudolf von Thadden (Hrsg.): Mitterrand und die Deutschen, Göttingen 1998.

¹⁴ Vgl. George Bush/Brent Scowcroft: A World Transformed, New York 1998, 182-301. Allerdings gesehen Bush ein: "If the NSC or State Department had argued it [reunification of Germany] was a bad idea, I certainly would have been receptive" (188). Siehe auch die vier Prinzipien Außenminister Bakers vom 10.11.1989. Bush legte die vier Prinzipien am 4.12.1989 vor dem NATO-Rat ausführlich dar. Sie sind abgedruckt in Auswärtiges Amt (Hrsg.): Umbruch in Europa. Die Ereignisse im 2. Halbjahr 1989. Eine Dokumentation, Bonn 1990, 121-125. Siehe auch Biermann, 1997, 312.

¹⁵ Vgl. Bush/Scowcroft, 1998, 194f.

brüskiert und wahrscheinlich zu einer dauerhaften Entfremdung zwischen Deutschland und der westlichen Allianz geführt hätte. Dies rechtzeitig erkannt und ein Zerwürfnis im Westen über die deutsche Einheit verhindert zu haben, bildet eine der herausragendsten Leistungen der amerikanischen Außenpolitik in diesem Jahrhundert.¹⁶ Auf dem NATO-Gipfel am 4. Dezember 1989 stärkte Bush Kohl demonstrativ den Rücken und machte damit allen Kritikern klar, daß die USA die Wiedervereinigung wünschten. Vor allem dem Widerstand der Vereinigten Staaten war es auch zu verdanken, daß ein auf sowjetische Initiative einberufenes Treffen des Alliierten Kontrollrats in Berlin, durch das Moskau, aber auch London und Paris ihr Misspracherrecht in der Deutschland-Frage unterstreichen wollte, im Sande verlief.¹⁷ Aber allein schon die Tatsache, daß dieses Gremium zum ersten Mal seit März 1948 wieder zusammentrat, provozierte scharfe Reaktionen in Bonn. "Sie müssen sich entscheiden zwischen der Zusammenarbeit mit uns in der NATO und in der Europäischen Gemeinschaft", forderte Außenminister Genscher, "oder mit der Sowjetunion im Kontrollrat."¹⁸

Frankreich, Großbritannien und Italien blieben zunächst bei ihrer Skepsis gegenüber einer möglichen Vereinigung. Mitterrand und stärker Thatcher versuchten in dieser Phase sogar, Gorbatschow in seiner Ablehnung der deutschen Einheit zu bestärken.¹⁹ Der Besuch des französischen Staatspräsidenten in der DDR vom 20. bis zum 22. Dezember 1989 konnte so als Aufwertung Ostdeutschlands und Versuch gewertet werden, dem absterbenden DDR-Regime neues Leben einzuhauen und damit den Wiedervereinigungsprozeß zumindest zu unterminieren.²⁰ Auch die Ministerpräsidenten der Niederlande und Italiens, Lubbers und Andreotti, konnten der Wiedervereinigung nichts Positives abgewinnen. Letztlich blieb ihnen aber angesichts der realen Entwicklung in der DDR und der amerikanischen Position nichts anderes übrig, als sich mit der deutschen Einheit abzufinden. Mitterrand fügte sich dabei

¹⁶ Zur amerikanischen Deutschlandpolitik in dieser Phase siehe vor allem Philip Zelikow/Condoleezza Rice: Germany Unified and Europe Transformed. A Study in Statecraft, Cambridge, Mass./London 1995; und Jens Knapp: Die USA und die deutsche Einheit. Amerikanische Deutschlandpolitik im Kontext von veröffentlichter und öffentlicher Meinung 1989/90, München 1996.

¹⁷ Vgl. Adomeit, 1998, 461/2.

¹⁸ Hans-Dietrich Genscher: Erinnerungen, Berlin 1995, 696.

¹⁹ Vgl. Biermann, 1997, 352-358.

²⁰ Vgl. Kaiser, 1991, 65.

schneller als Thatcher und bemühte sich, Deutschland noch stärker in Europa einzubinden. Aber selbst nach Versicherungen Kohls, die deutsche und die europäische Einigung seien zwei Seiten derselben Medaille, waren die Vorbehalte des französischen Staatspräsidenten nicht völlig ausgeräumt. Vor allem auf das Argument des Kanzlers, man könne die polnische Westgrenze völkerrechtlich erst nach einer Wiedervereinigung und einer Ablösung der Vier-Mächte-Rechte anerkennen, reagierte Paris mit Unverständnis.²¹ Erst spät arrangierte sich der französische Präsident mit der deutschen Vereinigung. Resignierend erklärte Mitterrand seinem Berater Jacques Attali am 25. Mai 1990 auf dem Flug nach Moskau:

Gorbatschow wird mich wieder auffordern, der Wiedervereinigung Deutschlands Widerstand zu leisten. Ich würde es mit Vergnügen tun, wenn ich wüßte, daß Gorbatschow hält, was er verspricht. Aber warum soll ich mich mit Kohl überwerten, wenn Gorbatschow mich drei Tage später fallen läßt? Ich wäre völlig isoliert. Und Frankreich kann sich das nicht öfter als dreimal im Jahrhundert leisten.²²

Angesichts der Vorbehalte im Westen, aber auch im Osten blieb Kohl nur *eine* aussichtsreiche Strategie, die Zustimmung der Verbündeten und der Sowjetunion zur deutschen Einheit zu erreichen: allen Beteiligten mußte durch Worte und Taten verdeutlicht werden, daß sich am seit 1949 eingeschlagenen außenpolitischen Weg der Bundesrepublik nichts ändern werde. Konkret hieß dies: den EG-Partnern galt es zu versichern, daß der Integrationsprozeß fortgesetzt werde, ja, daß er durch die Wiedervereinigung sogar neue Impulse erhalte, den NATO-Partnern, daß die Bundesrepublik im Bündnis verbleiben und einen Austritt aus der Allianz als Preis für die sowjetische Zustimmung zur deutschen Einheit nicht in Erwägung ziehen werde. Gegenüber Moskau war es erforderlich, so schrieb ein wichtiger Mitarbeiter Genschers später,

die deutsche Vereinigung in eine solch vorteilhafte Perspektive rücken zu können, daß die Sowjetunion ihr vorbehaltlos - auch um den Preis der Mitgliedschaft des vereinten Deutschland in der NATO - zustimmen und dabei auf die Unterstützung auch der

²¹ Vgl. Weidenfeld/Wagner/Bruck, 1998, 367.

²² Attali, 1995, 495. Hier zit. nach der Übersetzung von Heinrich Meeske ("Das Management der Einheit; FAZ, 1.9.1998). Im Original lautet die Passage: "Gorbatschew me demandera encore de résister à la réunification allemande. Je le ferai avec plaisir si je pensais qu'il tiendrait. Mais pourquoi me fâcher avec Kohl si Gorbatschew me lâche trois jours après? Je serais totalement isolé. Et la France ne peut se permettre de l'être plus de trois fois par siècle..."

sowjetischen Öffentlichkeit, insbesondere aber des Obersten Sowjets im Ratifikationsprozeß rechnen konnte.²³

Von November 1989 bis September 1990 absorbierte das Bemühen, allen Beteiligten die Wiedervereinigung als Chance und nicht als Risiko darzustellen und den politischen wie völkerrechtlichen Rahmen für die Einheit herzustellen, alle außenpolitischen Energien Boms. Dabei verhandelte die Bundesrepublik sowohl bilateral mit der DDR, den westlichen Ländern, der EG-Kommission, der Sowjetunion und Polen als auch multilateral im Zwei-plus-Vier-Prozeß mit den Siegermächten. Flankiert wurden diese Verhandlungen durch Beratungen im Rahmen des Europäischen Rats, der NATO, der KSZE und der G-7. Die Gespräche über die deutsche Einheit fanden in der Tat, wie ein enger Mitarbeiter von US-Außenminister Baker feststellte, in einem "Zirkus mit mehreren Manegen" statt.²⁴

Die Verhandlungen mit der DDR

In der DDR setzte sich nach dem Sturz Honeckers am 18. Oktober 1989 rasch die Einsicht durch, daß der ökonomische und politische Kollaps nur durch massive Hilfe der Bundesrepublik verhindert werden könne. Deshalb war die ostdeutsche Führung bereit, gewisse Zugeständnisse an Bonn in puncto Demokratie und Menschenrechte zu machen. Die staatliche Einheit stand für die Machthaber in Ost-Berlin aber nicht zur Diskussion. Die von Ministerpräsident Hans Modrow am 17. November vorgeschlagene "Vertragsgemeinschaft" ging von zwei souveränen deutschen Staaten aus. Kohls 10-Punkte-Programm lehnte der neue Generalsekretär Egon Krenz ab. Auch nach seinem Rücktritt Anfang Dezember änderte sich an dieser Position der mittlerweile in SED-PDS umbenannten Staatspartei zunächst nichts. Im Verlaufe des Januar 1990 erkannte Modrow freilich immer deutlicher, daß die Massenflucht und der rapide Zerfall der staatlichen Strukturen die DDR handlungsunfähig machen und in jeder Möglichkeit berauben würde, die Entwicklungen selbst zu beeinflussen. Ohne die Zustimmung seiner Partei eingeholt zu haben, präsentierte er am 1. Februar 1990 seinen Plan *Deutschland - einig Vaterland*. Darin plädierte er erstmals für die "Bildung eines einheitli-

²³ Richard Kessler/Frank Elbe: Ein runder Tisch mit scharfen Ecken. Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit, Baden-Baden 1993, 139.

²⁴ Zit. nach Werner Weidenfeld/Peer Wagner: "Zirkus mit mehreren Manegen" oder: Wechselbäder der Gefühle; Frankfurter Rundschau, 22.6.1998, 13. Der Mitarbeiter war Robert Zoellick.

chen deutschen Staates" und vollzog damit nach, was die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung im Wahlkampf lautstark forderte.²⁵ Sollte Modrow gehofft haben, damit die Initiative zurückzugewinnen, sah er sich jedoch enttäuscht. Die SED/PDS hielt an der Zweistaatlichkeit fest und die Bürger der DDR waren nicht mehr an langen Übergangsfristen interessiert.

TAB. 3: FLÜCHTLINGE UND ÜBERSIEDLER AUS DER DDR UND OST-BERLIN²⁶

Jahr	Zahl	Jahr	Zahl	Jahr	Zahl
1949	129245	1963	42632	1977	12078
1950	197788	1964	41876	1978	12117
1951	165648	1965	29552	1979	12515
1952	182393	1966	24131	1980	12763
1953	331396	1967	19573	1981	15433
1954	184198	1968	16036	1982	13208
1955	252870	1969	16975	1983	11343
1956	279189	1970	17519	1984	40974
1957	261622	1971	17408	1985	24912
1958	204092	1972	17164	1986	26178
1959	143917	1973	15189	1987	18958
1960	199188	1974	13252	1988	39832
1961	207026	1975	13285	1989	343854
1962	21356	1976	15168	1990 (1-6)	2499264

Der Kanzler sah, daß es jetzt nicht nur die Chance für eine enge Vertragsgemeinschaft mit starkem DDR-Einfluß, sondern auch für die Herbeiführung der staatlichen Einheit Deutschlands gab. In einer Runde der Koalitionsspitze am 6. Februar stimmte er einem von Waigels Finanzministerium ausgearbeiteten Vorschlag zu, Ost-Berlin eine Wirtschafts- und Währungs-

union anzubieten.²⁷ Für jemand, der die Einheit wollte, war das Angebot der Einführung der D-Mark der schnellste und sicherste Weg zur Verwirklichung dieses Ziels. Die ostdeutsche Regierung würde sämtliche Kompetenzen über die Haushalts- und Geldpolitik an das Finanzministerium in Bonn und die Bundesbank in Frankfurt abgeben müssen. Die völkerrechtliche Wiedervereinigung wäre dann nur mehr eine Frage der Zeit. Zudem bot die rasche Übertragung des bundesdeutschen Währungs- und Wirtschaftssystem auf die DDR die beste Chance, die Zuwanderung aus dem Osten einzudämmen - allein im Januar wurden 58.000 Übersiedler registriert - und Investitionen westlicher Unternehmen anzuregen.

Während die Union geschlossen hinter der Politik des Kanzlers stand, blieb die deutschlandpolitische Position der SPD unklar.²⁸ Zwar hatten ein Teil der SPD-Fraktion schon dem Zehn-Punkte-Programm Kohls applaudiert, der Parteivorsitzende Hans-Jochen Vogel der Bundesregierung enge Zusammenarbeit in Aussicht gestellt und wichtige Repräsentanten auch das Angebot der D-Mark unterstützt. Der wahrscheinliche Kanzlerkandidat für die Bundestagswahlen im Herbst 1990, der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine, stand der Wiedervereinigung aber von Anfang an skeptisch gegenüber. Sein Konzept sah vor: Zweistaatlichkeit auch nach der Öffnung der Grenzen, Bau einer Mauer aus Paragraphen durch die Bundesrepublik, um den Übersiedlerstrom zu stoppen, Bonner Finanzhilfen an die DDR ohne Bedingungen, um den Plan moralisch vertretbar erscheinen zu lassen, zugleich jedoch begrenzt auf einen Umfang, der die westdeutschen Wähler nicht erschrecken würde. Dieses Konzept war allerdings weder in der West-SPD noch bei der bundesdeutschen Bevölkerung konsensfähig. Für die Ost-SPD bedeutet es sogar eine Beeinträchtigung ihrer Wahlchancen. Die größte Oppositionspartei war damit in der entscheidenden Phase der Wiedervereinigung weitgehend gespalten und schied als wichtiger Akteur aus.

In der DDR sah Modrow angesichts der euphorischen Aufnahme von Kohls Angebot der D-Mark bei der ostdeutschen Bevölkerung keine andere Möglichkeit, als darauf einzugehen. Obwohl absehbar war, daß er nach den Volkskammerwahlen vom 18. März 1990, wenn Bonn offizielle Verhandlungen mit der DDR über die Währungsunion aufnehmen

²⁵ Zit. nach Hans Modrow: Aufbruch und Ende, Hamburg 1991, 186-188.

²⁶ Vgl. Grosser/Bierling/Neuss, 1996, 282f.

²⁷ Siehe dazu die definitive Studie von Dieter Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln, Stuttgart 1998, 174-188.

²⁸ Vgl. hierzu Petra Schult/Bianca M. von der Weiden: Die deutsche Sozialdemokratie 1989/90, München 1997.

wolle, nicht mehr Ministerpräsident sein würde, versuchte er, zumindest einige zentrale Ziele wie die Gewährleistung der vor 1949 durchgeführten Enteignungen durchzusetzen. Nach dem Wahlsieg der CDU-geführten Allianz für Deutschland und der Bildung einer Großen Koalition unter Ministerpräsident Lothar de Maizière kamen die Verhandlungen zügig voran. Bemerkenswert war dabei das hohe Maß an Rücksichtnahme auf ostdeutsche Positionen in den Verhandlungen, vom Umtausch-Kurs über die Höhe der Renten bis hin zur Einfügung sozialer Sicherungen für DDR-Bürger. Nicht nur die DDR-Regierung, sondern auch die Bundesregierung befand sich nämlich unter enormen Zeitdruck, schließlich war die Einführung der D-Mark auf den 1. Juli angesetzt. Zudem wollte Bonn bewußt den Eindruck vermeiden, den schwächeren Partner in den Verhandlungen zu "überfahren". Mit der Ratifizierung des Staatsvertrags *über die Schaffung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion*²⁹ am 21. Juni 1990 durch beide deutsche Parlamente war ein wesentlicher Schritt zur Wiedervereinigung vollzogen.

Die staatsrechtliche Vereinigung Deutschlands war im Frühsummer noch für die Zeit nach den Bundestagswahlen am 2. Dezember 1990 geplant. Der Zerfall der Regierungskoalition in Ost-Berlin, der nicht-versiegender Übersiedlerstrom und der Kollaps der ostdeutschen Wirtschaft zwangen die Akteure jedoch, den Prozeß zu beschleunigen. Am 23. August beschloß die Volkskammer auf einer Sondertagung den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 GG zum 3. Oktober 1990. Alle Abgeordneten der ehemaligen Koalition stimmten dafür; von Bündnis 90 und PDS kamen 62 Gegenstimmen und sechs Enthaltungen. Nur wenige Tage später, am 31. August, setzten Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und DDR-Staatssekretär Günter Krause ihre Unterschrift unter den *Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands - Einigungsvertrag*. In 45 Artikeln legte das Dokument das Grundgesetz fest, übertrug die bundesdeutsche Finanzverfassung auf das Beitrittsgebiet und regelte das Steueraufkommen.³⁰ Die Voraussetzungen zwischen den beiden deutschen Staaten für die Wiederherstellung der Einheit nach über 45jähriger Trennung waren geschaffen. Diese rasanten deutsch-deutschen Entwicklungen gaben auch das Tempo für die Regelung der äußeren Aspekte der Einheit vor.

²⁹ Bundesgesetzblatt, Teil III/Nr. 518, 29. Juni 1990.

³⁰ Vgl. dazu Wolfgang Schäuble: Der Vertrag. Wie ich die deutsche Einheit verhandelte, Stuttgart 1991.

Zwei Seiten einer Medaille:

Die Wiedervereinigung und die Integration Europas

Die deutsch-deutschen Verhandlungen waren notwendige Vorbedingung für die Wiedervereinigung. Aber sie waren nur *eine* Manege im Zirkus der parallel laufenden Gespräche auf europäischer Ebene, mit der Sowjetunion und den Vier-Mächten. Gegenüber der EG betonte die Bundesregierung dabei immer wieder ihre fortgesetzte, ja durch die Ereignisse sogar gestärkte Integrationsbereitschaft.

Schon in seinem Zehn-Punkte-Programm hatte Kohl darauf hingewiesen, daß der Prozeß der Wiedergewinnung der deutschen Einheit "im Zusammenhang mit der europäischen Integration gesehen werden muß".³¹ Der Beunruhigung der EG-Partner beim Gipfel in Straßburg am 8. und 9. Dezember diente auch sein Bekenntnis zur Intensivierung der Einigung Europas. Daß sich die EG-Mitglieder im Schlussdokument grundsätzlich für die deutsche Einheit aussprachen, war auch darauf zurückzuführen, daß Kohl der unverzüglichen Vorbereitung einer Regierungskonferenz über die seit 1988 diskutierte europäische Wahlrechtsunion zustimme. Während die Europäische Kommission unter Jacques Delors in der Wiedervereinigung eine Chance sah, durch eine Unterstützung des Bonner Wunsches nach einer reibungslosen Eingliederung der DDR in die EG die eigene Rolle zu stärken, blieben viele Regierungen skeptisch. Einige fürchteten, die Bundesrepublik werde versuchen, ihr Gewicht in den EG-Institutionen zu erhöhen, sei es bei der Anzahl der Kommissare und der Abgeordneten im Parlament oder der Stimmengewichtung im Rat. Andere beunruhigte die Sorge, die deutsche Einigung werde sie finanziell belasten. Die Mittelmeerländer trieb die Angst, die ihnen zugesagten Mittel aus dem Strukturfonds würden nun in die DDR fließen. Bei einem Besuch der Kommission in Brüssel am 23. März 1990 bemühte sich Kohl, solchen Befürchtungen die Spitze zu nehmen.³² Energisch und emotional widersprach der Kanzler der Auffassung, die Bundesrepublik würde sich wegen der Wiedervereinigung "von Europa wegbewegen". Die deutsche Einheit werde den europäischen Integrationsprozeß vielmehr beschleunigen. Dem Rat werde er beim Gipfel in Dublin am 28. April vorschlagen,

³¹ "Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas"; in: Auswärtiges Amt, 1995, 636.

³² Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf das "Protokoll des Besuchs des Bundeskanzlers bei der Kommission", angefertigt durch die Ständige Vertretung. Zit. bei Grosser, 1998, 396f.

die geplante Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion "zügiger durchzuführen". Deutschland sei keine Dampfwalze, kein Viertes Reich und kein Elefant im Porzellanladen. In der anschließenden Diskussion versicherte Kohl, er habe nie daran gedacht, daß die deutsche Einigung zu Lasten anderer EG-Mitglieder gehen sollte. Damit war die Kommission zufrieden. Wenige Wochen später unternahm sie den außergewöhnlichen Schritt und erklärte die Einbeziehung des Gebiets der DDR in die Gemeinschaft zum Sonderfall, der ein Abweichen von den üblichen Beitrittsprozeduren erlaube. Die Bonner Sorge, es könnten nach der Herstellung der Einheit langwierige Verhandlungen über die Aufnahme der osteuropäischen Länder in die EG nötig werden, war damit vom Tisch.³³

Eine Einigung mit den EG-Regierungen stand freilich noch aus. Hier mußte der Sondergipfel in Dublin am 28. April 1990 die Entscheidung bringen. Nach den Wirren im Winter funktionierte die deutsch-französische Kooperation nun wieder. Kohl und Mitterrand übermittelten dem Ratspräsidenten am 18. April einen gemeinsamen Vorschlag, die "vorbereitenden Arbeiten für die Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion zu intensivieren" und "vorbereitende Arbeiten für eine Regierungskonferenz über die Politische Union einzuleiten".³⁴ Grosser analysiert treffend:

Diese Initiative mochte wegen des vorhersehbaren britischen Widerstands wenig Chancen haben, war aber für die Bundesrepublik als symbolische Politik von erheblichem Nutzen: Sie bekräftigte das Junktim zwischen deutscher Einheit und europäischer Einigung.³⁵

Auf der Sondertagung betonte Kohl, die Deutschen seien glücklich über die Parallelität von deutscher Einheit und europäischer Integration. Er lege besonderen Wert darauf, daß die EG über die Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten umfassend informiert bleibe und die Kommission mit ihrem Rat zur Seite stehe.³⁶ Die von Delors angebotene Soforthilfe

³³ Vgl. Grosser, 1998, 398.

³⁴ "Initiative Kohl - Mitterrand zur Europäischen Union". Botschaft des Staatspräsidenten der Französischen Republik, François Mitterrand, und des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Kohl, an den britischen Premierminister und amtierenden Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Haughey, vom 18. April 1990, in: Auswärtiges Amt, 1995, 669-670, hier 669.

³⁵ Grosser, 1998, 398.

³⁶ Vgl. Kohl, 1996, 359f.

für den Aufbau der DDR lehnte der Kanzler mit Rücksicht auf die Befürchtungen vieler EG-Mitglieder dankend ab. Die Staats- und Regierungschefs verabschiedeten daraufhin ein Schlußdokument, das in den entscheidenden Punkten der deutschen Position entsprach:

Die Gemeinschaft begrüßt die Vereinigung Deutschlands wärmstens. ... Wir freuen uns, daß die Vereinigung Deutschlands unter einem europäischen Dach stattfindet. Die Gemeinschaft wird dafür Sorge tragen, daß die Eingliederung des Staatsgebiets der Deutschen Demokratischen Republik in die Gemeinschaft reibungslos und harmlos vollzogen wird.³⁷

Das Ziel der Bundesregierung, die Unterstützung der europäischen Partner im Vereinigungsprozeß zu gewinnen, war erreicht.

Die Verhandlungen mit der UdSSR und der Zwei-plus-Vier-Prozeß

Die Schlüsselposition im Prozeß der deutschen Wiedervereinigung kam der Sowjetunion zu. Solange sie an der Selbständigkeit der DDR festhielt, war der Weg zur Einheit blockiert.³⁸ Allerdings hatte bei den Reformern in der sowjetischen Führung seit 1987 ein Umdenkprozeß in der deutschen Frage eingesetzt. Zudem war die Entfremdung zwischen Moskau und Ost-Berlin immer größer geworden und hatten sich die Beziehungen zu Bonn ständig verbessert. Eine Zustimmung Moskaus zur deutschen Einheit schien aber trotzdem fast ausgeschlossen.

Das 10-Punkte-Programm erriete in Moskau scharfe Kritik. Am 18. Dezember erhielt der Kanzler einen Brief Gorbatschows, der in "ungewöhnlich harschem Ton"³⁹ abgefaßt war. In dem Schreiben betonte der Generalsekretär, die DDR sei ein "strategischer Verbündeter" der Sowjetunion und Mitglied im Warschauer Pakt; von dessen gewachsenen Realitäten sei ebenso auszugehen wie von der Existenz zweier deutscher Staaten.⁴⁰ Damit war klar, daß Moskau am Fortbestand der DDR als souveränem Staat festhielt.

³⁷ "Sondertagung des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs am 28. April 1990 in Dublin"; in: EA, 11/1990, D284-D288, hier D284.

³⁸ Grundsätzlich zu den außenpolitischen Aspekten der Wiedervereinigung vgl. Zeilkow/Rice, 1995. Zu den deutsch-sowjetischen Verhandlungen siehe erschöpfend Biermann, 1997.

³⁹ Vgl. Kohl, 1996, 209.

⁴⁰ Vgl. Teleschik, 1991, 85.

Ein erstes Zeichen, daß die Position der UdSSR nicht in Stein gemeißelt war, gab Gorbatschow bei einem Treffen mit Modrow am 30. Januar 1990 im Krem. Dort schilderte ihm der DDR-Ministerpräsident die verzweifelte Lage in Ostdeutschland und informierte ihn über seine Absicht, am nächsten Tag der Öffentlichkeit seine Ideen für die Herbeiführung der deutschen Einheit vorzustellen. Gorbatschow äußerte sich spontan positiv zu dem Plan, wollte jedoch eine breite Einbindung der Partei- und Staatsorgane der DDR und die Berücksichtigung sowjetischer Anliegen gewährleisten sehen. Modrow ließ sich jedoch lediglich zur Aufnahme eines Passus bewegen, daß das zukünftige Deutschland neutral sein solle. Im Gesprächsprotokoll heißt es:

Michael Gorbatschow bekräftigte das strategische Interesse der UdSSR an einer stabilen und friedlichen Entwicklung auf deutschem Boden. Die "deutsche Frage" berühre nicht nur die DDR und die BRD, sondern darüber hinaus die Rechte und Verantwortung der vier Großmächte sowie das Schicksal aller europäischen Völker und die internationale Entwicklung insgesamt. ... In diesem Zusammenhang habe das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und das Recht der freien Wahl nie außer Zweifel gestanden.⁴¹

Allerdings bedeutete dieser Positionswandel kein grundsätzliches Einlenken Gorbatschows. Noch rang er mit sich über den einzuschlagenden Weg. Auf der einen Seite war die DDR das Symbol des Sieges der UdSSR im 2. Weltkrieg; ihre Preisgabe hätte auch einen Bruch mit der langjährigen Moskauer Deutschlandpolitik bedeutet und die linkskonservativen Kritiker und das Militär gestärkt. Auf der anderen Seite hatte Gorbatschow der Lagebericht Modrows wohl davon überzeugt, daß der Zerfall der DDR allein mit Truppen der UdSSR nicht zu verhindern sei. Auch hätte ein solcher Schritt sein seit Jahren propagiertes "Prinzip der freien Wahl" ad absurdum geführt, die verbesserten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum Westen schwer belastet und hohe sowjetische Finanzleistungen für die ökonomisch desolatre DDR erfordert. Gerade letzteres war angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage der Sowjetunion keine erfreuliche Aussicht. Warum sollte man also an einer DDR festhalten, die nur mehr ein Klotz am Bein war, und nicht im Wiedervereinigungsprozeß alte und neue Ziele der eigenen Wespolitik durchzusetzen versuchen? Allerdings lehnte Gorbatschow Modrows Wunsch ab, sein Konzept "Deutschland - einig

⁴¹ Zit. nach Grosser, 1998, 147.

Vaterland" zur Herstellung der deutschen Einheit in der abschließenden Pressekonferenz öffentlich zu unterstützen.

Nach dem Modrow-Besuch wurde der Bundesregierung klar, daß die Möglichkeit zur Einheit bestand, wenn die Interessen der UdSSR gebührend berücksichtigt wurden. Konkret hieß das: Gewährung umfangreicher Wirtschaftshilfe, Aussicht auf enge ökonomische und politische Kooperation mit dem vereinigten Deutschland, Berücksichtigung sowjetischer Sicherheitsinteressen. Dabei setzte der Kanzler vor allem auf ökonomische (Vor)leistungen, um Moskau die Zustimmung zur Einheit Deutschlands zu erleichtern.⁴² Die enge Koppelung der Vergabe von Wirtschaftshilfe und der sowjetischen Zustimmung zur Wiedervereinigung zeigt sich, wenn man die Zeitpunkte der Zusagen betrachtet. So wurde das Abkommen zur Lieferung von 120.000 Tonnen Fleisch an die UdSSR zu Vorzugsbedingungen am 9. Februar unterzeichnet - dem Tag also, an dem Kohl zu Gesprächen über die deutsche Einheit in die UdSSR aufbrach.⁴³ Von zentraler Bedeutung für die deutsche Verhandlungsposition war auch die unbedingte amerikanische Unterstützung, die Bush und Baker in Briefen an Kohl und Genscher gerade noch einmal unterstrichen hatten.⁴⁴

In der Unterredung mit Gorbatschow am 10. Februar in Moskau wies der Kanzler zunächst auf die im Juni 1989 unterzeichnete *Gemeinsame Erklärung* hin, lobte die Perestrojka und erinnerte an die deutsche Nahrungsmittelhilfe als Beleg seines Willens. Seine düstere Beschreibung der Lage in der DDR mündete in die Feststellung, daß die Entwicklung in Richtung deutsche Einheit unaufhaltsam sei. Er wäre froh, so Kohl weiter, wenn das Tempo nicht so hoch wäre, aber es würde nun einmal von Entwicklungen diktiert, die er nicht zu beeinflussen vermöge. Wenn wir jetzt nicht handelten, könne ein Chaos entstehen. Die Bundesrepublik werde die Westgrenze Polens nicht antasten und strebe eine internationale Einbettung des Einigungsprozesses an.⁴⁵ Gorbatschow begann sein Einleitungsstatement mit der überraschenden Feststellung:

⁴² Grundsätzlich dazu vgl. Stephan Bierling: Wirtschaftshilfe für Moskau. Motive und Strategien der Bundesrepublik Deutschland und der USA 1990-1996, Paderborn 1998, 71-100.

⁴³ Vgl. Kohl, 1996, 281.

⁴⁴ Vgl. Weidenfeld/Wagner/Bruck, 1998, 235-237.

⁴⁵ Vgl. Grosser, 1998, 271f.

Ich glaube, daß es zwischen der Sowjetunion, der Bundesrepublik und der DDR keine Meinungsunterschiede über die Einheit gibt und über das Recht der Menschen, die Einheit anzustreben und über die weitere Entwicklung selbst zu entscheiden. Zwischen ihnen und mir besteht Einvernehmen, daß die Deutschen ihre Wahl selbst treffen müssen. Die Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR müssen selbst wissen, welchen Weg sie gehen wollen.⁴⁶

Mit diesen drei Sätzen hatte Gorbatschow die über 35 Jahre gültige Maxime der sowjetischen Deutschlandpolitik, nämlich die "Zwei-Staaten-Theorie", zu Grabe getragen. Die bundesdeutsche Seite hatte ein wichtiges Etappenziel erreicht. Möglich war das sowjetische Einlenken nur, weil sich Gorbatschow im Frühjahr 1990 auf dem Höhepunkt seiner Macht befand. Dem Politbüro hatte er Schritt für Schritt Kompetenzen entzogen, das Zentralkomitee der KPdSU geschwächt, die Deutschlandexperten im Sekretariat des ZK im internen Entscheidungsprozeß zurückgedrängt. Am 15. März 1990 wollte sich Gorbatschow außerdem zum Präsidenten wählen lassen. Die unübersichtlichen institutionellen Strukturen sicherten ihm eine hohe Autonomie vor allem in der Außenpolitik und erlaubten es, den scharfen Widerstand der Linkskonservativen gegen die deutsche Vereinigung zu neutralisieren.⁴⁷ Ein gutes halbes Jahr später schon war Gorbatschow politisch in der Defensive und hätte einen ähnlichen außenpolitischen Alleingang wahrscheinlich nicht mehr unternehmen können.

Nachdem Gorbatschow grünes Licht für den inneren Vollzug der Einheit gegeben hatte, rückten nun die internationalen Gesichtspunkte in den Vordergrund. Schon wenige Tage nach Kohls Moskau-Besuch, am 13. Februar 1990, vereinbarten die Außenminister der Bundesrepublik, der DDR und der vier Siegermächte am Rande der "Open Skies"-Konferenz der NATO und des Warschauer Pakts in Ottawa den Beginn von Gesprächen über die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit.⁴⁸ Schon die informelle Bezeichnung *Zwei-plus-Vier-Gespräche* machte deutlich, daß nicht mehr die Vier Mächte über Deutschland verhandelten, sondern daß die beiden deutschen Staaten sie zu Gesprächen einluden.⁴⁹

⁴⁶ Zit. nach ebd., 272.

⁴⁷ Zu den Reaktionen der Linkskonservativen vgl. Adomeit, 1998, 490f.

⁴⁸ "Treffen der Außenminister der NATO und der Warschauer Vertragsorganisation in Ottawa (12.-14.2.1990)", in: Auswärtiges Amt (Hg.): Deutsche Außenpolitik 1990/91. Auf dem Weg zu einer Europäischen Friedensordnung, Bonn 1991, 79-81, hier 81.

⁴⁹ Vgl. Hacke, 1993, 449.

Wieder waren es die USA, die Bonn am nachhaltigsten unterstützten. Bei den Beratungen, die offiziell am 5. Mai in Bonn aufgenommen wurden, ging es um folgende vier Themenkomplexe: Grenzfragen, politisch-militärische Fragen unter Berücksichtigung von Ansätzen für neue europäische Sicherheitsstrukturen, das Berlin-Problem und die abschließende völkerrechtliche Regelung und Ablösung der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten.⁵⁰ In allen Bereichen konnte die Sowjetunion juristisch und politisch kaum abweisbare Mißspracherechte geltend machen. Ob sich ein Kompromiß in den umstrittenen Fragen finden lassen würde, war höchst fragwürdig.

Für den Westen stellte der Verbleib der Bundesrepublik in der NATO den Eckstein der Gespräche dar. Dies hatte Bush als *conditio sine qua non* für seine Zustimmung zur Wiedervereinigung formuliert, dies hatten Mitterrand und Thatcher gefordert, dies hatte Kohl als unverzichtbar bezeichnet. Moskau konnte die Mitgliedschaft des geeinten Deutschland im Verteidigungsbündnis der nordatlantischen Demokratien allerdings kaum akzeptieren.⁵¹ Mit immer neuen Vorschlägen, die von der Neutralität Deutschlands bis zur gleichzeitigen Mitgliedschaft in beiden Bündnissen reichten, versuchte die sowjetische Führung, dieses von ihr als bedrohlich empfundene Szenario zu verhindern. Während Außenminister Genscher Bereitschaft erkennen ließ, auf die sowjetischen Wünsche einzugehen, hielt der Kanzler an seinem Kurs fest.⁵² Daß er sich damit letztlich durchsetzen konnte, lag zum einen an der Bereitschaft der Bundesrepublik, Moskau im richtigen Augenblick Kompensationen anzubieten, zum anderen an den koordinierten diplomatischen Aktionen Bonns und seiner Verbündeten, Gorbatschow davon zu überzeugen, daß der Westen seine Perestrojka-Politik unterstützen und eine grundlegende Neuordnung der Beziehungen anstrebe.

Zu den Kompensationen zählten insbesondere weitere Zusagen, die UdSSR für ihre Verluste im Zusammenhang mit der Herstellung der deutschen Einheit finanziell zu entschädigen. Für wie zentral der Kanzler die ökonomische Komponente für die sowjetische Zustimmung zur freien Bündniswahl hielt, wurde in seinem Lagebericht vor dem CDU-Bundes-

⁵⁰ "Zwei-plus-Vier-Außenminister-Konferenz", Abschlusserklärung des Bundesministers des Auswärtigen, Genscher, in Bonn vom 5.5.1990 (Auszug), in: Auswärtiges Amt, 1991, 113/4.

⁵¹ Zur Politik der sowjetischen Seite vgl. Biemann, 1997; Kwizjinskij, 1993; und Anatoli Tschernjasew: Die letzten Jahre einer Weltmacht. Der Krenil von innen, Stuttgart 1993.

⁵² Vgl. Weidenfeld/Wagner/Bruck, 1998, 433-439.

vorstand am 23. April 1990 deutlich. Dort betonte Kohl, "für die Sowjetunion sei die Frage der zukünftigen Wirtschaftsbeziehungen am Ende wichtiger als die NATO-Zugehörigkeit Deutschlands".⁵³ Als der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse zwei Wochen später in einem Gespräch mit dem Kanzler Interesse an einer Bürgerschaft der Bundesregierung für einen Großkredit äußerte, entsandte Kohl umgehend seinen außenpolitischen Berater Horst Tetschik, Hilmar Kopper, den Vorstandssprecher der *Deutschen Bank*, und Wolfgang Röllner, den Präsidenten der *Dresdner Bank*, zu einer Geheimmission nach Moskau. Ergebnis war ein ungebundenes Darlehen im Umfang von 5 Mrd. DM, das die Bundesregierung am 22. Juni - dem Tag der zweiten Runde der *Zwei-plus-Vier*-Verhandlungen in Ost-Berlin - verkündete.⁵⁴

Die diplomatischen Aktionen, die Gorbatschow von der Ernsthaftigkeit der westlichen Unterstützung überzeugen sollten, begannen schon im April mit der Erklärung des Europäischen Rats in Dublin, noch vor Jahresfrist ein Gipfeltreffen der KSZE abhalten und dort Strukturformen verabschieden zu wollen.⁵⁵ Das kam dem Wunsch der Sowjetunion entgegen, die KSZE zum zentralen gesamteuropäischen Forum für Konsultation und Krisenmanagement zu machen.⁵⁶ Beim Supermächtegipfel in Washington vom 30. Mai bis zum 3. Juni 1990 gab Bush Gorbatschow mit den *Neun Zusicherungen*⁵⁷ weitreichende Sicherheitsgarantien und milderte damit Befürchtungen in Moskau, die USA könnten den Zerfall des sowjetischen Imperiums machtpolitisch auszunutzen versuchen. Diese Ankündigungen blieben offenbar nicht ohne Einfluß auf Gorbatschow. Nachdem er sich bisher in der Frage der künftigen NATO-Zugehörigkeit mal ablehnend, mal ausweichend verhalten hatte, stimmte er nun Bushs Vorschlag zu, Deutschland das in der KSZE-Schlußakte verbriefte Recht zu

⁵³ Tetschik, 1991, 204.

⁵⁴ Mitteilung der Bundesregierung vom 22.6.1990; Archiv des Bundespressesamtes (BPA), Dok. Nr. 18840/1990. Mit 0,5 Prozent über dem Londoner Interbankensatz LIBOR und einer Laufzeit von zwölf Jahren bei einem Rückzahlungsbeginn nach sechs Jahren waren die Bedingungen des Kredits äußerst günstig.

⁵⁵ "Leitlinien der KSZE". Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rats in Dublin vom 28.4.1990 (Auszüge); in: Auswärtiges Amt, 1991, 112/3.

⁵⁶ Vgl. Biermann, 1997, 594.

⁵⁷ Die Punkte finden sich aufgelistet bei Baker, James A. III: *The Politics of Diplomacy. Revolution, War & Peace 1989-1992*. New York 1995, 251. Vgl. auch Kieseler/Eibe, 1993, 149.

gewähren, sich in dieser Frage frei entscheiden zu können.⁵⁸ Auch wenn damit keine endgültige Entscheidung gefallen war, so deutete sich doch zumindest ein Positionswandel des sowjetischen Präsidenten an.

Wenig später, am 8. Juni 1990, stellten die NATO-Außenminister dem Warschauer Pakt eine Neugestaltung der Beziehungen in Aussicht. In der *Botschaft von Turnberry* hieß es: "Wir, die Außenminister der Allianz ... reichen ... der Sowjetunion und allen anderen europäischen Ländern die Hand zu Freundschaft und Zusammenarbeit."⁵⁹ Am 21. Juni verabschiedeten Bundestag und Volkskammer gleichlautende Entschlüsse zur Bestätigung der deutsch-polnischen Grenze und setzten damit der international schädlichen Diskussion über einen angeblichen Revisionismus der Bundesrepublik ein Ende.⁶⁰ Beim EG-Gipfel von Dublin am 25. Juni und beim Weltwirtschaftsgipfel in Houston am 9. Juli scheiterte die Bundesrepublik zwar mit ihrem Drängen auf eine gemeinschaftliche westliche Hilfsaktion für Gorbatschow, aber an verbaler Unterstützung für die Perestrojka mangelte es nicht. Schließlich verabschiedete die NATO am 6. Juli ihre *Londoner Erklärung*, in der die Allianz grundlegende Reformen ankündigte und sich bereitklärte, mit den Staaten des Warschauer Pakts feierlich zu besiegeln, daß man sich nicht mehr als Gegner betrachte.⁶¹

Vor dem entscheidenden Treffen über die ungelösten Fragen zwischen Kohl und Gorbatschow vom 14. bis zum 16. Juli 1990 in Moskau und Archys im Kaukasus konnte sich die Bundesregierung nicht vorwerfen, irgendwas unversucht gelassen zu haben, um dem sowjetischen Präsidenten das Ja zur Frage aller Fragen, der NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik, zu erleichtern. Zwar hatte Gorbatschow schon in Washington zugestimmt, daß Deutschland seine Bündniszugehörigkeit selbst wählen könne, dabei aber spontan gehandelt, ohne sich mit seinen Beratern abgesprochen zu haben.⁶² Man konnte sich also in der deutschen Delegation eines positiven Ausgangs der Gespräche nicht sicher sein, zumal

⁵⁸ Vgl. vor allem Zeilkow/Rice, 1997, 384-387; und Weidenfeld/Wagner/Bruck, 1998, 466-471. Siehe auch Tschernajew, 1993, 298.

⁵⁹ Ministertagung des Nordatlantik-Rates in Turnberry/Großbritannien am 8.6.1990"; in: ebd., 122/3.

⁶⁰ "Einschließung des Deutschen Bundestages zur deutsch-polnischen Grenze vom 21.6.1990"; in: ebd., 129f.

⁶¹ Die Erklärung ist abgedruckt im Bulletin des BPA vom 10.7.1990. Vgl. auch Biermann, 1997, 636-641.

⁶² Vgl. Zeilkow/Rice, 1995, 277; Biermann, 1997, 601-611; und Adomeit, 1998, 519/20.

Schewardnadse seinen Außenministerkollegen am 22. Juni einen sowjetischen Vertragsentwurf zu den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen mit völlig überzogenen Forderungen übergeben hatte.⁶³

Wie beim letzten deutsch-sowjetischen Gipfel am 10. Februar begann Kohl auch diesmal die erste Unterredung mit Gorbatschow am 15. Juli mit Bemerkungen zu den positiven Perspektiven für die weitere Zusammenarbeit.⁶⁴ Er wies auf die Bereitschaft des Westens hin, die Blockkonfrontation zu überwinden und Wirtschaftshilfe zu leisten. Der Kanzler legte auch einen Entwurf für einen umfassenden deutsch-sowjetischen Vertrag vor, was von Gorbatschow und Schewardnadse besonders positiv vermerkt wurde. Abschließend hob der Kanzler hervor, "daß für ihn alle Bemühungen um enge wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit Bestandteil des Gesamtpakets seien".⁶⁵ In seiner Replik betonte Gorbatschow, der politische Kontext für die deutsche Vereinigung unterscheide sich "heute wesentlich von dem vor drei Monaten. ... Wir kennen und schätzen die Rolle, die der Bundeskanzler und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der positiven Prozesse in Europa spielen".⁶⁶ Dies war der Auftakt für längere Ausführungen, in deren Verlauf der sowjetische Präsident in entscheidenden Punkten einlenkte: 1) Deutschland durfte Mitglied der NATO bleiben, wobei für das DDR-Territorium Übergangsregelungen zu finden waren; 2) die Sowjetunion stimme der Aufgabe der Vier-Mächte-Rechte zu; und 3) die frühere Forderung nach einem Abzug der westlichen Streitkräfte aus der Bundesrepublik sprach Gorbatschow nicht mehr aus.⁶⁷ Im Kaukasus einigte man sich in weiteren unstrittenen oder ungelösten Fragen. So stimmte der sowjetische Präsident zu, daß der NATO-Schutz nach Artikel 5 und 6 des Bündnisvertrags sofort nach der Wiedervereinigung auch für Ostdeutschland in Kraft treten könne. Versprechen Kohls über eine großzügige Kompensation für alle finanziellen Belastungen im Zusammenhang mit der Truppenrückführung veranlaßten

⁶³ Das Dokument ist abgedruckt bei Kwizinski, 1993, 41-45.

⁶⁴ Vgl. vor allem Weidenfeld/Wagner/Bruck, 1998, 535-564.

⁶⁵ Telschik, 1991, 321.

⁶⁶ Das Protokoll dieses Gesprächs findet sich bei Michail Gorbatschow: Gipfelgespräche. Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit, Berlin 1993, 162-177.

⁶⁷ Vgl. Biermann, 1997, 685f.

Gorbatschow schließlich, auch seine Forderung nach einer Abzugsdauer von fünf bis sieben Jahren auf vier Jahre zu reduzieren. Selbst bei der Obergrenze der künftigen gesamtdeutschen Streitkräfte erreichte der Kanzler mit 370.000 Mann sein Verhandlungsziel. Wesentliche Punkte der Gesprächsergebnisse mit Gorbatschow gingen wörtlich in den späteren Zwei-plus-Vier-Vertrag ein.⁶⁸ Bis auf die Zusage, auf DDR-Gebiet weder ausländische Streitkräfte noch Nuklearwaffen zu stationieren, hatte Kohl damit in allen wichtigen Fragen seine Vorstellungen durchgesetzt.

Zum "Wunder von Moskau" (Telschik)⁶⁹ kam es aus einer Reihe von Gründen. Zum einen gelang es der Bundesregierung, die Wiedervereinigung als Ausgangspunkt für eine enge deutsch-sowjetische Kooperation in allen Bereichen der Beziehungen darzustellen. Zum anderen vermochte der Westen die Führung der UdSSR davon zu überzeugen, daß er an einer grundlegenden Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses interessiert und konkrete Schritte einzuleiten bereit war. Drittens erwies sich das außerordentliche persönliche Vertrauensverhältnis, das sich zwischen Kohl und Gorbatschow seit dem Sommer 1989 entwickelt hatte, als so stabil, daß es auch schwere Krisen im Verhandlungsprozeß überwinden half. Schließlich demonstrierte die Bundesrepublik große Bereitschaft, der Sowjetunion die Zustimmung materiell zu versüßen.

Letzteres zeigte sich besonders in den Tagen vor dem Abschluß des Zwei-plus-Vier-Vertrags, als Moskau beim *Überteilungsvertrag*, der die Rückführung der Roten Armee regelte, "nachzubessern" (Telschik) versuchte. Während sich die sowjetischen Gesamtforderungen auf 18 Mrd. DM beliefen, bot Bonn 6 Mrd. DM.⁷⁰ Unter dem enormen Zeitdruck konnte nur noch ein Spitzengespräch eine Lösung bringen. Ein Telefonat am 7. September 1990 endete jedoch ergebnislos. Kohls Vorschlag, 8 Mrd. DM bereitzustellen, wies der sowjetische Präsident zurück. Der Kanzler erinnerte sich später:

⁶⁸ "Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland mit vereinbarter Protokollnotiz", in: Auswärtiges Amt, 1995, 699-703.

⁶⁹ So Telschik, 1991, 313.

⁷⁰ Zu den Einzelheiten der 2. Verhandlungsrunde am 3. und 4. September siehe Theo Waigel: Tage, die Deutschland und die Welt veränderten; in: Theo Waigel/Manfred Schell: Tage, die Deutschland und die Welt veränderten, München 1994, 53-55.

TAB. 4: DIE VERHANDLUNGEN ZUR WIEDERVEREINIGUNG

Deutsch-deutsche Beziehungen	Deutsch-sowjetische Beziehungen	Beziehungen zu Verbündeten	Internationale Einbettung
Sept. 89: Beginn der Massenflucht von DDR-Bürgern über Ungarn 9.11.89: Öffnung Berliner Mauer; Beginn Massenausreise aus der DDR 28.11.89: Kohls 10-Punkte-Programm 1.2.90: Modrowsch-Plan "Deutschland-einig Vaterland" 7.2.90: Kohl bietet DDR Währungsunion an 18.3.90: Wahlsieg der Allianz für Deutschland in der DDR 1.7.90: Wirtschaftl., Währungs- und Sozialunion mit der DDR 23.8.90: Volkskammer beschließt Beitritt der DDR zur BRD 31.8.90: Unterzeichnung des Einigungsvertrags 3.10.90: Beitritt der DDR zur BRD; Berlin wird Hauptstadt 2.12.90: CDU/CSU/FDP-Koalition gewinnt Bundestagswahlen	12.-15.6.89: Staatsbesuch Gorbatschows in der BRD Dez. 90: Gorbatschow gegen Vereinigung 30.1.90: Gorbatschow unterstützt Modrow-Plan für geeinigtes Deutschland 10.-11.2.90: Kohl in Moskau; Gorbatschow gibt Weg zur Einheit frei 14.-16.7.90: Kohl-Gorbatschow-Gipfel in Moskau und Archys: Gorbatschow stimmt NATO-Mitgliedschaft der BRD zu 10.9.90: Kohl und Gorbatschow einigen sich über deutsche Finanzhilfen 12.10.90: Unterzeichnung des Vertrags über Abzug der Roten Armee aus ehem. DDR 9.-10.11.90: Staatsbesuch Gorbatschows in Bonn; Unterzeichnung des Vertrags über gutnachbarschaftliche Beziehungen 4.3.91: Ratifizierung des 2+4-Vertrags durch Moskau	4.12.89: Bush spricht sich auf NATO-Ratsagung in Brüssel für dt. Einheit aus 8.-9.12.89: Europäischer Rat in Brüssel bestätigt Selbstbestimmungsrecht der Deutschen 24.-25.2.90: Gipfel Kohl-Bush in Camp David 23.3.90: Kohl bei der EG-Kommission in Brüssel 28.4.90: Europäischer Rat in Dublin begrüßt deutsche Vereinigung 16.-17.5.90: Kohl bei Bush 5.-8.6.90: Kohl bei Bush 28.6.90: Europäischer Rat in Dublin unterstützt Gorbatschows Reformen 7.-8.6.90: NATO-Außenminister bieten in Turnberry Warschauer Pakt Zusammenarbeit an 5.-6.7.90: NATO-Gipfel in London beschließt Wandel der Strategie der Allianz 9.-11.7.90: G7-Gipfel in Houston unterstützt Gorbatschows Reformen	2.12.89: Gipfel Bush-Gorbatschow vor Malta 11.12.89: Treffen des Alliierten Kontrollrats in Berlin 20.-22.12.89: Staatsbesuch Mitterrands in DDR 5.5.1990: Erste Runde der 2+4-Gespräche in Bonn 30.5.-3.6.90: Bush-Gorbatschow-Gipfel in Washington: Gorbatschow stimmt freier Bündniswahl der Deutschen zu 22.6.90: Zweite 2+4-Runde in Berlin/Ost 17.7.90: Dritte 2+4-Runde in Paris: Einigung über poln. Westgrenze 8.9.90: Gipfel Bush-Gorbatschow in Helsinki 11.9.-12.9.90: Vierte und letzte Runde der 2+4-Gespräche in Moskau 12.9.90: Unterzeichnung des 2+4-Vertrags in Moskau

Gorbatschow verknüpfte schließlich noch einmal die nach seinen Worten "schicksalsträchtige Frage des Aufenthalts und Abzugs der sowjetischen Truppen" unmittelbar mit den von ihm geforderten Zahlungen. Er fragte mich, welche Weisungen er seinem Außenminister Schewarznadse mit Blick auf die bevorstehende letzte Runde der Zwei-plus-Vier-Gespräche geben sollte. Wörtlich sagte Gorbatschow: "Die Situation ist für mich sehr alarmierend. Ich habe den Eindruck, ich bin in eine Falle gelaufen".⁷¹

Teltschik charakterisierte die Lage als "wirklich dramatisch". Überrascht war er vor allem von dem starken Druck, den der sowjetische Präsident auf den Kanzler ausübte. "Damit ist auch deutlich geworden," so Teltschik weiter, "daß das finanzielle Paket für Gorbatschow ein zentraler Bestandteil des Gesamtergebnisses ist, das er zu Hause vorweisen will und vermutlich auch muß."⁷² Erst in den Mittagsstunden des 10. September 1990, weniger als 48 Stunden vor dem letzten Treffen der Zwei-plus-Vier-Delegationen, erzielten Gorbatschow und Kohl den Durchbruch. Allerdings mußte der Bundeskanzler auch sein neues Angebot von 12 Mrd. DM um einen weiteren ungebundenen Kredit in Höhe von 3 Mrd. DM aufstocken, bevor der sowjetische Präsident einlenkte. Noch am Nachmittag teilte Kwiszinskij Teltschik aus Moskau mit, daß Gorbatschow Weisung gegeben habe, die Verhandlungen über den Überleitungsvertrag am nächsten Tag abzuschließen.⁷³ Damit war ein weiteres schwieriges Hindernis auf dem Weg zur deutschen Einheit aus dem Weg geräumt.

Am 12. September 1990 unterzeichneten die Außenminister der vier Siegermächte und der beiden deutschen Staaten in Moskau den Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland. Damit hatte die Bundesrepublik ihre drei herausragenden Ziele erreicht: die Aufgabe der Rechte und Verantwortlichkeiten der Siegermächte, die freie Bündniswahl und den Abzug der sowjetischen Truppen aus Ostdeutschland. Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag erhielt Deutschland nach 45 Jahren der Teilung seine Einheit "in freier Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts" zurück. Im entscheidenden sechsten Artikel hieß es: "Das vereinte Deutschland hat ... volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten." Bonn sicherte zu, seine Streitkräfte auf 370.000 Mann zu reduzieren,

⁷¹ Kohl, 1996, 467f. Zu den dramatischen Hintergründen vgl. Biermann, 1997, 735-754.

⁷² Teltschik, 1991, 360.

⁷³ Ebd., 363.

keine ausländischen Streitkräfte oder Atomwaffen in Ostdeutschland zu stationieren und auf Herstellung und Besitz und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen zu verzichten und Mitglied des Nichtverbreitungsvertrags zu bleiben.⁷⁴ Das vereinte Deutschland wurde verpflichtet, mit Polen einen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag über die gemeinsame Grenze zu schließen. Insgesamt jedoch waren die Zugeständnisse, die die Bundesrepublik für die Wiederherstellung der staatlichen Einheit erbringen mußte, erstaunlich gering.

Die bi- und multilaterale Beendigung des Kalten Krieges

Der *Zwei-plus-Vier-Vertrag* stellte die Souveränität Deutschlands nach 45 Jahren wieder her und bildete deshalb eine entscheidende Zäsur sowohl in der deutschen Nachkriegspolitik wie im Ost-West-Konflikt insgesamt. Es blieben nach dem 12. September 1990 allerdings noch einige "Nacharbeiten" zu leisten. Sie erfolgten im Spätherbst Schlag auf Schlag. Der erste Schritt war der Abschluß eines umfassenden Vertrags mit der Sowjetunion am 9. November 1990, also auf den Tag genau ein Jahr nach der Maueröffnung. Dieser von Kohl und Gorbatschow bereits im Sommer 1989 ins Auge gefaßte Vertrag stellte die bilateralen Beziehungen auf eine neue Grundlage. Beide Seiten verpflichteten sich zu regelmäßigen politischen Konsultationen (Art. 6), einen Ausbau der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen (Art. 8, 9 und 15), die Förderung der Kontakte zwischen den Bürgern und den gesellschaftlichen und politischen Gruppen (Art. 14). Fünf Tage später kam es zum von den Siegermächten geforderten und der Bundesrepublik zugesagten Abschluß eines Grenzvertrags mit Polen. Er legte fest, daß die *"bestehende Grenze jetzt und in Zukunft unverletzlich ist"* (Art. 2) und die Vertragsparteien *"gegenseinander keinerlei Gebietsansprüche haben und in Zukunft auch nicht erheben werden"* (Art. 3).⁷⁵ Damit gab die Bundesrepublik alle juristischen Ansprüche auf ehemals deutsche Gebiete in Polen auf und weitete die seit Jahrzehnten bestehende *politische Bestandsgarantie* der polnischen Westgrenze zu

⁷⁴ "Zum Abschluß der Zwei-plus-Vier-Gespräche in Moskau am 12.9.1990". Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland mit vereinbarter Protokollnotiz (mit Faksimile-Unterschriften); in: Auswärtiges Amt, 1991, 167-173.

⁷⁵ "Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenzen vom 14.11.1990"; in: Auswärtiges Amt, 1991, 214-216, hier 215.

einer *völkerrechtlichen* aus. Am 19. November 1990 beendeten die NATO und der Warschauer Pakt offiziell den Kalten Krieg. In der *Gemeinsamen Erklärung* hieß es: *"Die Unterzeichnerstaaten erklären fernerlich, daß sie in dem anbrechenden neuen Zeitalter europäischer Beziehungen nicht mehr Gegner sind, sondern neue Partnerschaften aufbauen und einander die Hand zur Freundschaft reichen wollen."*⁷⁶ Zwei Tage danach verabschiedeten die KSZE-Staaten die *Pariser Erklärung für eine neues Europa*. In ihr bekannten sich alle Teilnehmerstaaten zur wesentlichen Demokratie als einziger Regierungsform, zu den Menschenrechten, dem Rechtsstaat, zur wirtschaftlichen Freiheit und zur freundschaftlichen Zusammenarbeit.⁷⁷ Die Prinzipien der amerikanischen und der französischen Revolution galten nun erstmals, auf dem Papier zumindest, von Vancouver bis Wladiwostok.

Ein formaler Akt zur Beendigung des Kalten Krieges stand zu diesem Zeitpunkt freilich noch aus: die Ratifizierung des Zwei-plus-Vier-Vertrags durch den Obersten Sowjet. Allerdings konnten weder der unjübelte Besuch Gorbatschows in der Bundesrepublik am 9. und 10. November 1990 noch die Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Vertrags darüber hinwegtäuschen, daß sich die Bedingungen für die Ratifizierung verschlechterten. Die Linkskonservativen drängten die Reformen zunehmend in die Defensive, Gorbatschow vollzog diesen Kurswechsel mit. Außenminister Schewardnadse Linie geriet so unter Beschuß, daß er am 20. Dezember als *"Protest gegen den Angriff der Diktatur"* zurücktrat.⁷⁸ Erst nach langem Hin und Her ratifizierte der Oberste Sowjet am 4. März 1991 als letztes Parlament der vier Siegermächte den Vertrag. Die Wiedervereinigung war damit auch völkerrechtlich abgeschlossen.

7.2. Sicherheitspolitik im neuen Zeitalter

Mehr als 40 Jahre war die sicherheitspolitische Lage Deutschlands einfach zu beschreiben gewesen: An der Nahtstelle der Blockkonfrontation gelegen, mußte die Bundesrepublik

⁷⁶ "Zum Ende des Kalten Krieges und der Teilung Europas". Gemeinsame Erklärung der 22 Staaten der NATO und der Warschauer Vertragsorganisation in Paris vom 19.11.1990 (Auszug); in: Auswärtiges Amt, 1991, 258-261, hier 258.

⁷⁷ "Die 'Charta von Paris für ein neues Europa' vom 21.11.1990. Erklärung des Pariser KSZE-Treffens der Staats- und Regierungschefs"; in: Auswärtiges Amt, 1991, 265-277.

⁷⁸ Zit. bei Biernann, 1997, 761.